

Europäische Kommission zur künftigen Kohäsionspolitik nach 2020:

Investitionen mit Mehrwert auch für Deutschland

Die Europäische Kommission hat die Rahmenbedingungen für die Struktur- und Kohäsionspolitik nach 2020 vorgestellt. Die künftige EU-Kohäsionspolitik soll danach weiterhin allen Regionen zugutekommen und somit auch Regionen in wirtschaftsstärkeren Mitgliedstaaten wie Deutschland. Der Fokus liegt auf Investitionen mit einem klaren europäischen Mehrwert, die Vorschriften für die EU-Fonds sollen vereinfacht und flexibler gestaltet werden.

Ein Beitrag von
Corina Crețu

Am 29. Mai stellte die Europäische Kommission ihre [Vorschläge für eine modernere Kohäsionspolitik nach 2020](#) vor. Die Kohäsionspolitik bleibt einer der zentralen Bereiche der europäischen Investitionspolitik und umfasst im Zeitraum 2021 bis 2027 ein Volumen von 373 Milliarden Euro. Diese beachtliche Summe soll trotz der großen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union gegenübersteht, verteilt werden, wenn aufgrund der beträchtlichen Lücke durch den Brexit mehr Finanzmittel benötigt werden.

Die Bundesländer und Kommunen werden dafür sorgen, dass ihre Interessen weiterverfolgt werden und das Geld dorthin fließt, wo es am meisten benötigt wird: in Regionen mit niedrigem Einkommen beziehungsweise hoher Arbeitslosigkeit, besonders unter jungen Menschen; in Regionen, in denen die Konsequenzen der Flüchtlingskrise, des Industrieabbaus und der Globalisierung besonders spürbar sind, und in Städte, die gewaltige Herausforderungen zu bewältigen haben.

Bedeutung der Kohäsionspolitik für Deutschland

Deutschland hat, wie alle Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union, von den direkten wie den indirekten Auswirkungen der Kohäsionspolitik profitiert. Wir reden hier zunächst von Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen, der Minderung der



Foto: Europäische Union / ABDESSLAM MIRDASS

EU-Regionalkommissarin Corina Crețu und der für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jyrki Katainen (Mitte), präsentierten am 29. Mai 2018 im Europäischen Parlament in Straßburg ihre Vorschläge für eine neue Kohäsionspolitik

regionalen Disparitäten und der Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts führten. Die Investitionen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zwischen 2007 und 2013 erbrachten zahlreiche neue Arbeitsplätze (etwa 108.000, die Hälfte davon im Mittelstand), während die Investitionen innerhalb des Europäischen Sozialfonds (ESF) eine hohe Teilnehmeranzahl (1,2 Millionen jährlich) mit sichtbaren Ergebnissen vor Ort erreichten. Daneben gibt es viele weitere positive Errungenschaften, insbesondere im Bereich der Innovationen, der Energieeffizienz, der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands, der Verkehrsinfrastruktur (annähernd 300 neue Straßen- und 185 neue Eisenbahnkilometer) und der Raumentwicklung.

EU-Fonds sind von entscheidender Bedeutung für den öffentlichen wie für den privaten Sektor. Sie stellen eine wichtige Finanzierungs-

Zur Autorin:

Corina Crețu ist Kommissarin für Regionalpolitik und Stadtentwicklung in der Europäischen Kommission.

quelle für öffentliche Investitionen auf regionaler Ebene dar – und das nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern. Gleichzeitig sorgen EU-Mittel in der Privatwirtschaft für eine höhere Produktivität und Förderung von fast 55.000 Unternehmen und 3.000 Forscherinnen und Forschern im Zeitraum von 2014 bis 2020. Die Förderung der Forschung und Entwicklung führt zu privaten Investitionen in Höhe von 883 Millionen Euro zur Ergänzung der öffentlichen Investitionen in Innovationen. In Deutschland investiert der EFRE 1,5 Milliarden Euro in die Verbesserung der Energieeffizienz von öffentlichen Gebäuden und Unternehmen sowie des Fernwärmenetzes. Des Weiteren werden schätzungsweise 555 Millionen Euro in den Übergang zu einem energieeffizienten Verkehrswesen unter Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes investiert.

Ohne eine Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik wären Projekte wie „Batterien für die Zukunft“ des Instituts für Technische Chemie und Umweltchemie der Universität Jena (CEEC Jena), Finalist bei den RegioStars Awards der Europäischen Kommission, nicht möglich gewesen. Und Europa würde nicht von den bedeutenden Innovationen profitieren, die es so dringend für seine Rolle als führende Weltmacht und seine weitere Entwicklung benötigt.

Darüber hinaus sind die indirekten Auswirkungen der Kohäsionspolitik, namentlich vermehrter Handel, von sehr großer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Kohäsionspolitik wirkt sich nicht nur auf den Mitgliedstaat, die Region oder die Kommune aus, auf die sie primär gerichtet ist. Sie bewirkt auch viele positive Nebeneffekte in anderen Staaten und Regionen. So bedeutet eine durch Investitionen im Rahmen des Kohäsionsfonds ausgelöste erhöhte Nachfrage in ärmeren Staaten mehr Handel mit entwickelten Gegenden. Darüber hinaus werden Projektaufträge in weniger finanzstarken Staaten oft an Unternehmen aus entwickelten Mitgliedstaaten, zum Beispiel Deutschland, vergeben. Im Ergebnis schätzen wir, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland aufgrund der Programme, die 2007 bis 2013 in den anderen Mitgliedstaaten zum Tragen kamen, um 0,11 Prozent höher sein wird. Vollständig beziffert werden können die Auswirkungen der Kohäsionspolitik erst etwa zehn Jahre nach Ablauf des Programmzeitraums.

Auch wird Deutschland weiterhin indirekt von den Investitionen in ärmeren Mitgliedstaaten im Rahmen der Kohäsionspolitik profitieren: Die Kohäsionspolitik trägt zur



Foto: European Union, 2017 / Ina Fassbender

Viele Projekte in Deutschland – wie der Radweg Rheinische Bahn in Essen – profitieren von den Fördermitteln der Europäischen Union

Erhöhung des Lebensstandards und des Wirtschaftswachstums in diesen Ländern bei und regt die Nachfrage nach ausländischen Produkten innerhalb des EU-Binnenmarktes an, wodurch auch die deutschen Exporte gesteigert werden – eine „Win-Win“-Situation.

Schlussendlich können wir die großen Vorteile dieser Politik nicht aufzählen, ohne die erheblichen positiven grenzüberschreitenden Auswirkungen auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit und die neuen Beziehungen zwischen rückständigeren und führenden Regionen zu erwähnen. Das zeigt, wie wichtig die Kohäsionspolitik für die Schaffung von Netzwerken ist, die die europäische Einheit und Solidarität verstärken. Man kann sagen, dass diese Politik das Herz des europäischen Projekts ist. Und obwohl das schon mit der laufenden Kohäsionspolitik erreicht wurde, sind durch die neue, modernere und dynamischere Politik, die für die Zeit nach 2020 vorgeschlagen wird, noch mehr Vorteile zu erwarten.

CITIES Forum 2019

Kommission sucht Ausrichter

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission ruft europäische Städte auf, sich für die Ausrichtung des für Ende 2019 geplanten vierten CITIES Forum zu bewerben. Auf dem Forum kommen alle zwei Jahre europäische, nationale und lokale Akteure zusammen, um über Themen der EU-Städteagenda, der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik und der Neuen Urbanen Agenda der Vereinten Nationen zu diskutieren. Zu dem Forum, das anderthalb Tage dauern wird, werden bis zu 600 Teilnehmende erwartet.

Interessierte Städte können bis zum 27. August 2018 eine Interessensbekundung abgeben. Die eigentliche Bewerbung als Ausrichter ist im Oktober 2018 einzureichen. Dazu wird das Verfahren aber noch bekanntgegeben. Im November 2018 soll der Ausrichter dann aus dem Kreis der Bewerberstädte ausgewählt werden.

Aufruf zur Ausrichtung des CITIES Forum 2019:

🔗 <https://ec.europa.eu/futurium/en/urban-agenda-eu/call-interest-hosting-and-co-organising-4th-cities-forum-2019>

Die neue Kohäsionspolitik nach 2020

Deutschland hat aktiv bei den Überlegungen zur Kohäsionspolitik nach 2020 mitgearbeitet. 2017 haben die Bundesregierung und die deutschen Bundesländer der Europäischen Kommission eine [gemeinsame Stellungnahme zur Kohäsionspolitik nach 2020](#) zugleitet. Bund und Länder betonten, wie wichtig die Fortsetzung der Unterstützung durch EU-Fonds nach 2020 für jede Region in Deutschland ist. Andernfalls würde die gegenwärtige positive sozioökonomische Entwicklung in den Regionen gefährdet. Und diese Sichtweise findet sich auch in dem neuen Vorschlag wieder: die Kohäsionspolitik wird auch weiterhin für alle Regionen der EU gelten und sie in die Lage versetzen, ihren Beitrag zu unseren gemeinsamen EU-Prioritäten zu leisten. So bleibt die Kohäsionspolitik auch in Zukunft die Politik, die die EU zusammenschweißt.

Der neue Vorschlag zur Kohäsionspolitik bindet diese eng an den Kern der EU-Prioritäten: intelligenter industrieller Wandel, um den Herausforderungen unserer globalen Wirtschaft zu begegnen, und grünes Wachstum sowie der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Wir glauben, dass die Sorge um die Umwelt und Wirtschaftswachstum zueinander gehören können und müssen. Und es steht auch in unserer Verantwortung, die schlimmen Folgen des Klimawandels so weit wie möglich abzuwenden.

Gleichzeitig unterstützt die neue Kohäsionspolitik Deutschlands Bemühungen um die Integration von Migrantinnen und Migranten durch den abgestimmten Einsatz verschiedener Instrumente der EU, die zur kurz- und langfristigen Integration beitragen. Dies geschieht etwa durch Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur wie zum Beispiel Aufnahmeeinrichtungen.

Wir behalten ebenso unser Ziel im Auge, ein besser miteinander vernetztes Europa zu schaffen und die Grenzen innerhalb Europas zu überwinden sowie näher an den Bürgerinnen und Bürgern zu sein. Um dies zu erreichen, sollen grenzüberschreitende Programme besser als bisher die institutionelle Zusammenarbeit, die Überwindung von Grenzproblemen und die Investition in gemeinsame Dienstleistungen im öffentlichen Interesse fördern. Da fast drei Viertel der Europäerinnen und Europäer in Städten leben, richten wir unser besonderes Augenmerk auf den urbanen Raum: eine neue Initiative – die Europäische Stadtinitiative – ist ein neues kohärentes Konzept für die Städte, das verschiedene Instrumente miteinander

verbindet, wobei mindestens sechs Prozent des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den urbanen Raum reserviert werden sollen.

Vor Monaten haben die Bundesländer in ihrem Positionspapier zur zukünftigen Kohäsionspolitik die Notwendigkeit bekräftigt, die Verwaltungslast zu verringern und eine radikale Vereinfachung zu erreichen. In dem neuen Gesetzespaket haben wir alles übernommen, was gut lief, und es gleichzeitig einfacher und funktionsfähiger gestaltet. Wir



Foto: European Union, 2017 / Dominique HOMMEL

Die Aufnahme und Integration von Migrantinnen und Migranten soll künftig durch zusätzliche Förderinstrumente durch die Europäische Union unterstützt werden

haben gemeinsame Regeln für sieben Fonds aufgestellt, was zuvor nie der Fall war. Unsere Bemühungen zur Überwindung des Fluchs komplexer und fragmentierter Regelungen für die Fonds und die anderen Hilfen führten dazu, dass die neue [Dachverordnung](#) halb so lang ist wie diejenige für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Einfachere Programm-

Infos

Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik nach 2020 vom 29. Mai 2018:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3885_de.htm

Rechtsakte und Factsheets zur Kohäsionspolitik nach 2020:

https://ec.europa.eu/commission/publications/regional-development-and-cohesion_de

Fragen und Antworten zur Kohäsionspolitik nach 2020:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-3866_de.htm

Gemeinsame Stellungnahme der Bundesregierung und der Länder zur Kohäsionspolitik der EU nach 2020 vom 20. Juni 2017:

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/stellungnahme-bund-laneder-kohaesionspolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die ESI-Fonds ab 2021 vom 29. Mai 2018:

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2018/DE/COM-2018-375-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

planungs- und territoriale Zusammenarbeitsinstrumente, keine Bennungsverfahren mehr, keine besonderen Verfahren für Großprojekte, der Grundsatz der „Einzigsten Prüfung“ – all dies soll Fördermaßnahmen im Rahmen des Kohäsionsfonds benutzerfreundlicher gestalten und ihre Umsetzung erleichtern, und zwar zum Wohle Gesamteuropas.

Der Vorschlag für eine neue Kohäsionspolitik berücksichtigt die Eingaben sowohl von Leistungsempfängern als auch von Verwaltungsbehörden: Es gibt verstärkt Möglichkeiten der vereinfachten Kostenabrechnung, Zahlungen können gemäß Ergebnissen geleistet werden, es gibt keine besonderen Regeln mehr für einnahmenerwirtschaftende Vorhaben und es gibt vereinfachte Regeln für Finanzinstrumente, die soweit möglich an diejenigen für Beihilfen angelehnt sind. Auch auf ein umfangreiches Berichtswesen wird verzichtet. Kurz gesagt: Die neue Kohäsionspolitik dreht sich weniger um das Einsammeln von Rechnungen und Verfahren, sondern mehr um die Lieferung von Ergebnissen.

Heute verbessert die Kohäsionspolitik die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen der EU, indem sie ihre besonderen Bedürfnisse befriedigt und ihnen die Mittel gibt, die sie benötigen, um ihre Talente auszubauen und ihre Ideen in konkreten Projekten zu verwirklichen. In diesem Sinne

glaube ich, dass die neue Kohäsionspolitik mit ihren hunderttausenden Projekten überall in Europa und ihre greifbaren, positiven Ergebnisse ein wesentlicher Teil der europäischen Antwort auf Nationalismus und Zweifel gegenüber dem europäischen Projekt sind. Mit dem neuen Vorschlag stellen wir auch weiterhin sicher, dass keine EU-Bürgerin und kein EU-Bürger zurückgelassen wird und jede und jeder die Chance erhält, von der Unterstützung durch die Europäische Union zu profitieren.

Der Zeitplan ist hier sehr wichtig, und ich setze fest darauf, dass die deutschen Behörden eine zügige Einigung über das Gesetzespaket unterstützen. Die Europäische Kommission wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um diesen Prozess zu unterstützen, so dass der neue gesetzliche Rahmen so bald wie möglich steht und Projekte vom ersten Tag des neuen Programmzeitraums an umgesetzt werden können. So beginnt die Kohäsionspolitik den neuen Programmzeitraum als moderne, bessere Politik für die Menschen in allen Regionen der EU, umgesetzt von den Menschen in den Regionen sowie Städten, Landkreisen und Gemeinden. Die Kohäsionspolitik wird dazu beitragen, dass Europa die Menschen für die vor uns liegenden Herausforderungen rüstet – für ein Europa, das schützt, aber auch ein Europa, das Menschen und Regionen und Kommunen verbindet. ■

Task-Force für Subsidiarität

Abschlussbericht vorgelegt

Die von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingesetzte Task-Force für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ hat am 10. Juli 2018 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Darin wird unter anderem eine neue Arbeitsweise empfohlen, mit der die lokalen, regionalen und nationalen Behörden bei der Politikgestaltung der EU mehr Mitspracherecht erhalten sollen. Außerdem schlägt die Task-Force ein neues Konzept der „aktiven Subsidiarität“ vor, das den Mehrwert des EU-Rechts und die Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und in den Mitgliedstaaten zu mehr Eigenverantwortung bei Entscheidungen der Union führen soll.

„Unsere Union kann nicht ohne die aktive und gleichberechtigte Beteiligung der lokalen Behörden, der EU-Organe und aller zwischengeschalteten Regierungsebenen aufgebaut werden“, sagte EU-Kommissionspräsident Juncker. „Ich werde die Empfehlungen der Task-Force sorgfältig prüfen und hoffe, dass die politisch Verantwortlichen der anderen Organe und der nationalen Behörden diese Überlegungen so wie ich in den Mittelpunkt ihrer künftigen Arbeit stellen werden.“

Die hochrangige Expertengruppe wurde vom Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans,



Foto: European Union, 2018 / Etienne Ansotte

Der Vorsitzende der Task-Force, Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans (links), und AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz (rechts) übergaben den Abschlussbericht an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

geleitet. Ihr gehören jeweils drei Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und der nationalen Parlamente an. Das Europäische Parlament hatte darauf verzichtet, ebenfalls drei Mitglieder für die Gruppe zu benennen.

Abschlussbericht der Task-Force für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ (Englisch):

🔗 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/report-task-force-subsidiarity-proportionality-doing-less-more-efficiently_1.pdf